

ren, daß er seine Kraft dem Wohle des Volkes widmen und dessen „Nutzen mehren“ werde.

Seinen eigenen hat er bislang auch nicht außer acht gelassen. Lothar Späth war bis Herbst 1982 Gesellschafter eines Elektronik-Unternehmens in Bad Friedrichshall bei Heilbronn. Nicht einmal beste Parteifreunde in Stuttgart wissen das.

Späth gab seine stille Beteiligung von 370 000 Mark an der Firma System Kontakt Gesellschaft für elektronische Bauelemente mbH erst auf, nachdem im September 1982 der damalige CDU-Landtagspräsident Lothar Gaa wegen des Vorwurfs zurückgetreten war, private Geschäfte und Beteiligungen nicht genügend offenbart zu haben.

Vor allem die SPD-Opposition verlangte seitdem präzisere „Offenlegungsregeln“ für die Abgeordneten-Biographien im Landtagshandbuch. Um „Interessenverbindungen“ der Parlamentarier für den Wähler sichtbar zu machen, sollten beispielsweise auch stille Beteiligungen von mehr als 10 000 Mark sowie Nutzungsrechte aus Beteiligungen angegeben werden – eine Forderung, die bisher jeweils am Widerstand der regierenden CDU-Mehrheit gescheitert ist.

Mit 255 000 Mark ist auch Gaa, der dem neuen Landtag nicht mehr angehört, an der System Kontakt GmbH beteiligt. Das Unternehmen, 1970 gegründet, betreibt laut Handelsregister Fertigstellung und Vertrieb von elektronischen Bauelementen und elektrischen Steckverbindungen einschließlich Import und Export, es unterhielt Tochterfirmen und Auslandsbeteiligungen. 777 500 Mark des Stammkapitals von 3,6 Millionen Mark hält der Hauptgesellschafter der früher in Hockenheim, jetzt in Mannheim residierenden Baugesellschaft SUBA, Hans Schlamp.

Vor allem seine Beratertätigkeit für Schlamp und den regionalen Baugiganten SUBA sowie Beteiligung an SUBA-Tochterfirmen waren Gaa im Landtag angelastet worden. Gaa schwieg 1982 über die gleichzeitige Verflechtung seines Parteifreundes Späth in den Firmen-Filz.

Späth, dessen Engagement bei der System Kontakt GmbH aus einer offiziellen oder sonstigen Biographie des CDU-Politikers nicht hervorgeht, war zeitweise auch gutdotierter Vorsitzender des Aufsichtsrats und wurde noch 1978 als Regierungsmitglied zu Aufsichtsrats-sitzungen eingeladen. Hauptberuflich war Späth von 1970 bis 1974 Geschäftsführer der Neuen Heimat Baden-Württemberg, Sitz Stuttgart, und Vorstandsmitglied der Neuen Heimat Hamburg. Danach, von 1975 bis 1977, gehörte er als Vorstandsmitglied dem Stuttgarter Bauunternehmen C. Baresel AG an.

Als sich vor der Landtagswahl 1976 erstmals abzeichnete, daß Ministerpräsident Filbinger den CDU-Fraktionsvorsitzenden aus dem Parlament in die Re-



Ministerpräsident Späth
Verflechtung im Firmen-Filz

gierung holen wollte, übertrug der in der Partei „Cleverle“ genannte Späth seine Beteiligung durch einen Treuhandvertrag dem Steuerberater Roland Scheuer in Bietigheim-Bissingen, wo Späth wohnt.

Scheuer übernahm von Späth zur Verwaltung 370 000 Mark Anteile an der System Kontakt und 50 000 Mark an der Firma Kontaktron in Bad Friedrichshall, einem Tochterunternehmen, das 1978 in der System Kontakt aufging.

In dem am 11. Februar 1976 vor dem Notariat Besigheim II beurkundeten Treuhandvertrag verpflichtete sich Scheuer, stets „entsprechend den Weisungen des Treugebers (Späth) zu verfahren“, so bei Abstimmungen, und Überschüsse „umgehend an den Treugeber weiterzuleiten“. Alle Lasten und Steuern wiederum „trägt im Innenverhältnis der Treugeber“.

Am 12. Oktober 1982 habe er, so beschied Späth den SPIEGEL auf Anfrage, das Treuhandverhältnis mit Scheuer aufgelöst und seine „Minderheitsbeteiligung veräußert“.

EUROPA-WAHL

Verlorene Stimmen

Bei der Wahl zum Europa-Parlament kandidieren, neben den fünf Bundestags-Parteien, neun Polit-Grüppchen – Esperanto-Freunde wie Abtreibungsgegner.

Im Fernsehen wird vor einer Weltsprache gewarnt. „Verhindern Sie“, beschwört Helga Zepp-LaRouche, deutsche Chefin der Europäischen Arbeiterpartei (EAP), das Bildschirm-Publikum, „daß unsere Enkel nur noch russisch sprechen werden.“

Für eine wenig geläufige Kunstsprache engagiert sich Lutz Roemheld, Vorsitzender der Europäischen Föderalistischen Partei (EFP). Als „europäische Zweitsprache“ schlägt er „das leicht erlernbare und politisch neutrale Esperanto“ vor.

In kernigem Bajuwarisch wiederum beklagt eine anonym bleibende Sprecherin der Bayernpartei das Los der Minderheiten in Europa – „an die Lösung der Südtirol-Frage“ beispielsweise „denkt niemand“, und „auch Bayern“ sei „verraten und verkauft, wenn es in die EG nur als Provinz der BRD eingebracht wird“.

Während Parteichef Maximilian Zierl stumm von der Mattscheibe schaut, wertet die resolute Landsmännin über die EG, die sich sogar „in das Brauereiwesen“ einmischt und für die, natürlich, „wieder einmal der bayrische Bauer die Zeche zahlen muß“.

Abend für Abend absurdes Theater auf beiden Kanälen: Zur besten TV-Sendezeit dürfen, sechs Wochen lang bis zur Wahl für das Europa-Parlament am 17. Juni, alle vom Bundeswahlausschuß zugelassenen Parteien* kostenlos jeweils zweieinhalbminütige Werbespots ausstrahlen lassen – jede noch so unbedeutende Splittergruppe bringt auf elektronischem Weg ihre An- und Absichten unters Volk.

Neben den Freistaats-Separatisten, der obskuren Arbeiterpartei und den Euro-Bündlern sind es sechs weitere Polit-Grüppchen, die neben den fünf im Bundestag vertretenen Parteien bei der zweiten Wahl zur Straßburger Versammlung kandidieren.

So kommt beispielsweise, nach ZDF-„heute“ und ARD-„Tagesschau“, eine Frau Erika Herbst ins Bild und verkündet Patentrezepte einer „Wählergemeinschaft mündiger Bürger“. „Alle suchen nach Lösungen“, sagt sie und behauptet: „Wir haben sie.“ Die „Lösung des Krebsproblems“ etwa, verrät Erika Herbst, „ist da, wird aber leider totgeschwiegen...“ und sie verschweigt sie freilich auch.

So schlicht und ergreifend packt auch die „Frauenpartei“ ein Problem an, das ihr am wichtigsten ist: die Frauenfrage – „Wir wollen und können sie lösen.“ Nämlich dergestalt: „Wenn wir erst im Parlament sind, werden wir schon dafür sorgen, daß die Männer den ihnen gebührenden Platz einnehmen können“ – konkret bedeutet das „46 Prozent der Macht den Männern“.

Mit einer Handvoll ausgesuchter Ergebnisse bei der bayrischen Kommunal-

* Wahlvorschlagslisten können für alle oder einzelne Bundesländer eingereicht werden. Parteien und sonstige politische Vereinigungen, die nicht im Europäischen Parlament, im Deutschen Bundestag oder einem Landtag seit deren letzter Wahl ununterbrochen mit mindestens fünf Abgeordneten vertreten sind, müssen die Unterschriften von einem Promille der Wahlberechtigten des betreffenden Landes, höchstens jedoch 2000, vorweisen; gemeinsame Listen für alle Länder müssen von 4000 Wahlberechtigten unterzeichnet sein.

wahl versucht die Ökologisch-Demokratische Partei des ehemaligen CDU-Bundestagsabgeordneten und Grünen-Dissidenten Herbert Gruhl (Wahlslogan: „Weniger ist mehr“) ihre Bedeutungslosigkeit zu kaschieren – 14 Prozent in Haldenwang im Allgäu oder 8,6 Prozent im oberpfälzischen Pfreimd sind halt nicht mehr als lokale Ausreißer.

Auf eine Massenbasis gar möchte sich „Die Friedensliste“ stützen, die von ihrer Spitzenkandidatin, der Theologie-Professorin Uta Ranke-Heinemann, als „Zusammenschluß von Vertretern der Friedensbewegung“ definiert wird. Ohne die Friedensfreunde aus anderen Parteien, vor allem Sozialdemokraten und Grünen, reduziert sich die Liste indes auf die „Demokratischen Sozialisten“, die Polit-Sekte der Ex-SPD-Abgeordneten Manfred Coppik und Karl-Heinz Hansen, und auf DKP-Funktionäre, die in Wahlaufrufen ihre Zugehörigkeit zu Führungsgremien der Partei schamhaft verschweigen.

Wenn es schon aussichtslos ist, genügend Stimmen für einen Sitz in Straßburg zu sammeln, so erhält scheinbar, wie die Wahlwerber suggerieren, jedes Votum für eine der Kleinst-Parteien besonderes Gewicht.

„Eine Stimme für die Friedensliste“, erklärt Uta Ranke-Heinemann, „ist die deutlichste Stimme gegen die Raketen.“ Die Frauenpartei warnt Geschlechtsgenossinnen vor einem Kreuz bei den Etablierten: „Verschenkt eure Stimme nicht länger für leere Versprechungen!“

Und die EFP, „erste und einzige gesamteuropäische Partei“, die an der ersten Direktwahl des Europa-Parlaments 1979 überhaupt nicht teilgenommen hat und in ihrer zwanzigjährigen Existenz nie über Hundertstel-Prozente hinausgekommen ist, bescheinigt allen anderen politisches Zwergenformat: Jede Stimme für eine der „nationalen Splitterparteien“, mahnt EFP-Vorsteher Roemheld, sei „für Europa verloren“.

Wo der Erwartungshorizont tief hängt, sprengen die vollmundigen wie inhaltsleeren Sprüche der Wahlkämpfer leicht jeden Bezug zur Realität. Sendungsbewußtsein vermischt sich da mit Nörgelei am System, Extremes und Exotisches liegen dicht beieinander.

Die am rechten Rand des Polit-Spektrums agierende NPD setzt auf nationalistische Parolen („Deutsches Geld für deutsche Aufgaben“), Parteichef Martin Mußnug mäkelte über die EG, weil die internationalen Vereinbarungen sowieso „nur den anderen nutzen“.

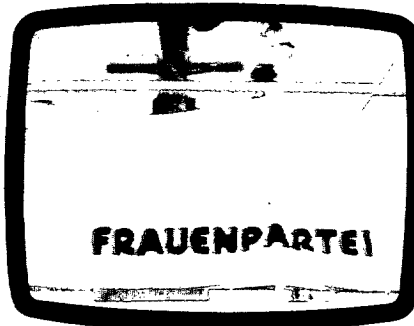
Das „Zentrum“, vor 1933 verlängerter Arm der römischen Kurie im Berliner Reichstag und nun zu einer „Partei katholischer und evangelischer Christen“ mutiert, beschränkt seinen Wahlkampf auf einen einzigen, dazuhin innenpolitischen Streitpunkt: die Reform des Paragraphen 218. „Abtreibung“, geißelt



„Die Friedensliste“



„Europäische Föderalistische Partei“



„Frauenpartei“



„Europäische Arbeiterpartei“



„Wählergemeinschaft mündiger Bürger“

TV-Wahlspots der Splittergruppen
Abend für Abend missionieren

Europa-Kandidat Josef Ripsam Bonner Koalition und Opposition gleichermaßen, „ist Tötung menschlichen Lebens und wird von allen Parteien geduldet“ – „leider auch von der CDU“, die oben drein „zu Pornographie und Sexualkunde feige schweigt“.

Weil ein Werbefilm des Zentrums gegen die Abtreibung Vergleiche mit den NS-Massenmorden nahelegte, verweigerte der Westdeutsche Rundfunk die Ausstrahlung; das Kölner Verwaltungsgericht bestätigte die Entscheidung des Senders.

Nicht justitiabel sind offenbar die Wahnvorstellungen der EAP-Führerin Zepp-LaRouche, die bei den Bonner Politikern, „von der SPD bis hin zu Strauß“, rundum „alte Besatzungsmentalität“ ausgemacht hat, weshalb sie „ehelos vor der Bedrohung aus dem Osten kapitulieren“.

Die „Kissinger-Kräfte in der Reagan-Administration“ hat die EAP-Oberin als „sowjetische Einflußagenten“ enttarnt, und „die jetzige Streikwelle“ in der Bundesrepublik, analysiert sie scharfsinnig, „nutzt nur den Interessen Moskaus“.

Die Bundesbürger, meint die Heilsbringerin, müßten „an die positive republikanische Tradition der deutschen Klassik, der preußischen Reformen und der Befreiungskriege anknüpfen“ – Gelegenheit zur Eigenwerbung für ein zeitgeschichtliches Werk (Titel: „Das Hitler-Buch“), das „den gordischen Knoten unserer Identitätsfindung lösen“ helfen soll.

Mit derlei wirrem Zeug hat der „spinnete Haufen“, wie die EAP vom Verfassungsschutz eingestuft wird, seinen Stimmenanteil von der Bundestagswahl 1976 bis zu der von 1983 immerhin mehr als verdoppelt – voriges Jahr verirrten sich 0,038 Prozent der Wähler zu den Verschwörungstheoretikern.

Ebensowenig dürfen freilich die anderen Mini-Parteien, Eitle und Eiferer, die die TV-Chance zur Selbstdarstellung nutzen, ernsthaft damit rechnen, demnächst auch in Straßburg missionieren zu können. Ihr Traumziel liegt denn auch nicht jenseits der Fünf-Prozent-Hürde, sondern eher bei 0,5 Prozent – jener Schwelle, die zur Alimentierung aus der Staatskasse ausreicht: Wahlkampf-kostenerstattung.

Wer dieses Limit schafft, erhält, so hat es der Bundestag beschlossen, nicht nur wie bisher 3,50 Mark, sondern, entsprechend dem jeweiligen Stimmenanteil, fünf Mark für jeden Wahlberechtigten.

Ein halbes Prozent bringt mithin so viel Geld in die Kasse wie ein Hauptgewinn im Lotto – rund eine Million Mark. Allerdings stehen auch die Chancen ungefähr so hoch wie für einen Volltreffer beim Glücksspiel: Bei der vorigen Europa-Wahl brachten es alle Klein-Gruppen zusammen gerade eben auf 0,3 Prozent. ♦